
Vorsitz: Ukraine

946. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 13. Mai 2020 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Unterbrechung: 12.50 Uhr

Wiederaufnahme: 15.00 Uhr

Schluss: 16.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter Y. Tsymbaliuk

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation an die technischen Modalitäten für die Durchführung von Sitzungen mittels Videokonferenztechnik während der COVID-19-Pandemie (FSC.GAL/37/20 OSCE+).

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ÜBER SALW UND
SCA/MINENRÄUMUNG

– *Vortrag von A. Petrenko, stellvertretender Verteidigungsminister der Ukraine für europäische Integration*

– *Vortrag von R. Voda, stellvertretende Innenministerin von Albanien und Leiterin der nationalen albanischen Kommission für Kleinwaffen und leichte Waffen*

Vorsitz, stellvertretende Innenministerin von Albanien (FSC.DEL/99/20 OSCE+), stellvertretender Verteidigungsminister der Ukraine für europäische Integration (FSC.DEL/98/20), Vertreter des Konfliktverhütungszentrums der OSZE (Anhang 1), Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/92/20), Kroatien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs-

und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Moldau und San Marino) (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/91/20 OSCE+), Kanada, Schweiz (Anhang 4), Belarus (FSC.DEL/93/20 OSCE+), Armenien (FSC.DEL/95/20 OSCE+), Aserbaidshan, Türkei, Russische Föderation (Anhang 5), FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn) (Anhang 6), Ukraine

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DEN TERMIN DES TREFFENS DER LEITER DER VERIFIKATIONSZENTREN 2020**

Vorsitz

Beschluss: Beschluss: Das Forum für Sicherheitskooperation verabschiedete den Beschluss Nr. 1/20 (FSC.DEC/1/20) über das Datum des Treffens der Leiter der Verifikationszentren 2020; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika, Kroatien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/97/20), Russische Föderation, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/94/20 OSCE+), Kanada, Litauen (FSC.DEL/100/20 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 20. Mai 2020, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES VERTRETERS DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen, dass Sie dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) zu diesem wichtigen Thema das Wort erteilt haben. Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) waren in diesem Forum in der Regel zwei der Themen mit dem größten Konsens, wie das große Interesse zeigt, das jeder FSK-Vorsitz daran hatte, Sicherheitsdialoge zu diesem Thema in seinem Arbeitsprogramm einzuplanen, wobei die Podiumsredner unter allen möglichen verschiedenen Blickwinkeln Stellung nahmen. Die Bedeutung der Minenbekämpfung für die OSZE wurde oft betont, wovon die Aktivitäten verschiedener Feldoperationen, auch in der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen wie dem Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung in Genf oder dem Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme (UNMAS), Zeugnis geben. Ein weiterer Aspekt ist der Ausblick auf die verschiedenen Hilfsprojekte, die auf Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten folgten. Auch in diesem Bereich können wir sowohl auf Seiten der Feldoperationen als auch auf Seiten des KVZ eine beeindruckende Erfolgsbilanz bei der Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden in Bezug auf Sicherheitsaspekte von SALW und SCA vorweisen, zuletzt insbesondere mit der Ukraine und Südosteuropa, wo Albanien sehr vorausschauend vorgegangen ist. Ich möchte beiden Rednern, der stellvertretenden Ministerin Rovena Voda und dem stellvertretenden Minister Anatolii Petrenko, meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie diese Aspekte von ihrem jeweiligen Standpunkt aus beleuchtet haben.

Ich möchte mich jedoch, wenn Sie so wollen, noch auf einen anderen Ansatzpunkt konzentrieren, nämlich die normativen Aspekte unserer Arbeit im Forum. Ich werde kurz auf die Arbeit an den Leitfäden für vorbildliche Verfahren (Praxisleitfäden), die Informationsaustausche, das Online-Berichterstattungsinstrument und den Hilfsmechanismus eingehen und mit einem Ausblick auf das weitere Vorgehen in diesem Jahr schließen.

Zunächst ein paar Worte zu den Praxisleitfäden, ohne allzu lange dabei zu verweilen, da die Vorsitzende des informellen Freundeskreises für Kleinwaffen und leichte Waffen und SCA, Ilona Ekmene, ebenfalls zu diesem Thema sprechen wird.

Die Arbeit an der Überprüfung und Aktualisierung der Praxisleitfäden zu SALW und SCA wird mit dem Ziel durchgeführt, die Relevanz und Wirkung der OSZE bei unseren Bemühungen um die Stärkung der SALW-Kontrolle und die Verbesserung der Fähigkeiten der Teilnehmerstaaten zur umfassenden und effizienten Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW zu erhöhen.

Ein wesentlicher Vorteil der OSZE besteht darin, dass die Zuständigkeit für die Praxisleitfäden in den Händen der Teilnehmerstaaten selbst liegt, was ein gemeinsames Verständnis im Hinblick auf die Methoden und Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW und SCA sicherstellt. Die Praxisleitfäden und ihre Aktualisierungen werden von allen 57 Teilnehmerstaaten gebilligt.

Die Praxisleitfäden stellen den kleinsten gemeinsamen Nenner der Teilnehmerstaaten bei der Kontrolle von Kleinwaffen dar, die verhindern soll, dass Waffen in die illegalen Märkte umgeleitet werden und in falsche Hände geraten. Darüber hinaus stellen sie in diesem engen, aber wichtigen Bereich – insbesondere im OSZE-Kontext – auch eine vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme dar, in der der umfassende Charakter und die Unteilbarkeit der Sicherheit und unser Bekenntnis zu gemeinsamen Verpflichtungen, Prinzipien und Verhaltensnormen sowie vor allem ihre praktische Anwendung vor Ort zum Ausdruck kommen. Je geeinter wir in unseren Bemühungen sind, desto sicherer und besser aufgehoben werden die OSZE-Teilnehmerstaaten sein.

Seit mehr als einem Jahr wird die Arbeit an den Praxisleitfäden im Rahmen der Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA unter der kompetenten Leitung ihrer Vorsitzenden kontinuierlich fortgesetzt. Nachdem Einvernehmen über die allgemeinen Grundsätze des weiteren Prozesses und den Mechanismus zur Aktualisierung der Praxisleitfäden hergestellt wurde, haben einige Teilnehmerstaaten bereits die Führung bei der Überprüfung und Aktualisierung der Praxisleitfäden im Einklang mit dem umfassenden schrittweisen Ansatz übernommen, der festgelegt wurde, um einen nachhaltigen und transparenten Aktualisierungsmechanismus zu schaffen, der im weiteren Verlauf erprobt werden soll. Sobald eindeutig belegt ist, dass der Mechanismus gut funktioniert, könnten wir in Erwägung ziehen, einen gesonderten Praxisleitfaden zur Aktualisierung der Praxisleitfäden für künftige Überprüfungszyklen oder sogar für die Entwicklung neuer Praxisleitfäden für Bereiche des Lebenszyklus von SALW/SCA, die noch nicht erfasst sind, zu erstellen. Die Lehren aus der Umsetzung der Hilfsprojekte, die die OSZE-Feldoperationen und das KVZ gezogen haben, werden ebenfalls in die Aktualisierung der Praxisleitfäden einfließen.

Als nächstes möchte ich auf das Thema Informationsaustausch zu SALW und SCA eingehen.

Jährliche Einreichungen und regelmäßige Aktualisierungen des einmaligen Informationsaustauschs sind an sich schon eine wesentliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme. Bei vollständiger Einhaltung unterstützt der Informationsaustausch die Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung der OSZE-Rahmendokumente über SALW und SCA ebenso wie er die Grundlage für die von den Teilnehmerstaaten benötigte Hilfe bildet.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die OSZE eine Fülle von zusammenhängenden Beschlüssen mit unterschiedlichen Fristen und Formularen entwickelt. Die Umsetzung dieser Beschlüsse entsprechend den Vorgaben stellt eine große Herausforderung dar, und das KVZ bemüht sich nach Kräften, die Belastung der Teilnehmerstaaten zu verringern.

Erstens bemühen wir uns, die Berichterstattung zu erleichtern, indem wir Workshops und Schulungsseminare zum Informationsaustausch über SALW veranstalten. Angesichts der Erfahrungen mit COVID-19 erwägen wir nun die Entwicklung eines E-Learning-Moduls zum Informationsaustausch zu SALW/SCA für die Teilnehmerstaaten.

Zweitens stellen wir regelmäßig Übersichten über die ausgetauschten Informationen zur Verfügung. Mit der Entwicklung von iMARS werden die Teilnehmerstaaten im Laufe der Zeit die Instrumente erhalten, die sie benötigen, um die ausgetauschten Informationen tatsächlich zu analysieren.

Drittens nutzen wir im KVZ den Ankündigungs- und Mahnmechanismus, um den Informationsaustausch anzukündigen, während der FSK-Vorsitz die Staaten an ihre Berichterstattungsverpflichtungen erinnert. Da dies ein Prozess ist, der den Staaten obliegt, ist die Einhaltung dieser Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung, wenn wir in der Lage sein wollen, uns gegenseitig zur Rechenschaft zu ziehen. In meiner Erklärung von letzter Woche habe ich die Teilnehmerstaaten daran erinnert, wie wichtig es ist, den einmaligen SALW-Informationsaustausch von 2001 regelmäßig zu aktualisieren. Einige Staaten tun dies regelmäßig oder in Verbindung mit der nationalen Berichterstattung an die VN, aber andere scheinen diese Verpflichtung vergessen zu haben.

Ein Thema im Zusammenhang mit der Frage der Berichterstattung ist das Online-Berichterstattungsinstrument.

Um die Berichterstattung zu erleichtern, harmonisierte das KVZ vor einigen Jahren gemeinsam mit dem UNODA die Berichtsformulare zu Themen, die für die OSZE und die VN gleich sind. Nun, da die Vereinten Nationen das Formular auf der Grundlage der Ergebnisse der RevCon3 (2018) geändert haben, ist das KVZ bereit, die Harmonisierungsarbeit zu unterstützen, um die gleichzeitige Berichterstattung über Kleinwaffen und leichte Waffen wieder zu synchronisieren und so die Berichtlast der Teilnehmerstaaten zu verringern.

2017 führte das KVZ das Online-Berichterstattungsinstrument ein, damit die Teilnehmerstaaten ihre nationalen Berichte online und gleichzeitig sowohl bei der OSZE als auch beim UNODA einreichen können. Gegenwärtig sind gleichzeitige Einreichungen bei der OSZE und den Vereinten Nationen technisch nicht möglich, bis wir die harmonisierten Formulare hochladen.

Ich muss einräumen, dass das Online-Berichterstattungsinstrument von den Teilnehmerstaaten aus mehreren Gründen nicht häufig verwendet wird. Ein Grund ist sicherlich, dass das Instrument nur für die Aktualisierung des einmaligen Informationsaustauschs anzuwenden ist. Für die Teilnehmerstaaten ist es ziemlich umständlich, die Konten einzurichten, nur um für diesen einzigen Zweck Zugang zu dem Instrument zu erhalten. Es könnte daher nützlich sein, wie von einer Reihe von Teilnehmerstaaten vorgeschlagen und auf Ministerrateebene angeregt, das Instrument um jährliche

Einreichungen zur Einfuhr/Ausfuhr beschlagnahmter/zerstörter Kleinwaffen und leichten Waffen, Berichte über Transfers konventioneller Waffen und die Einhaltung des Übereinkommens von Ottawa über Antipersonenminen zu erweitern.

Ein weiterer Grund für die eher minimale Nutzung des Instruments könnten die unterschiedlichen Fristen für die Einreichungen an die VN und die OSZE sein (auf Seiten der OSZE gibt es tatsächlich keine Frist für den einmaligen Austausch).

Zu den Fristen ist anzumerken, dass die VN die Staaten auffordern, die nationalen Berichte bis zum 31. März jedes zweiten Jahres als Teil der Vorbereitungen für die Zweijährliche VN-Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des SALW-Aktionsprogramms vorzulegen. In der OSZE hatten wir 2001 den ersten Informationsaustausch als einmalige Maßnahme und kamen überein, bei Bedarf regelmäßige Aktualisierungen vorzunehmen. Die Teilnehmerstaaten könnten erwägen, eine Frist für eine regelmäßige Überprüfung der einmaligen Informationen zu setzen, was hilfreich wäre, um diese mit den Vereinten Nationen zu synchronisieren und die Einhaltung der Berichterstattungspflicht zu erleichtern. Eine andere Alternative bestünde darin, dass das KVZ jährlich ein Schreiben an alle Teilnehmerstaaten verschickt, in dem es sie an ihre allzu oft vergessene Verpflichtung erinnert, die Aktualisierung des einmaligen Austauschs einzureichen, wie wir es letzte Woche getan haben. Das Schreiben des KVZ hat bei den Teilnehmerstaaten eine Reihe klärender Reaktionen hervorgerufen, was positiv ist und, wie wir hoffen, die Zahl der Einreichungen in diesem Jahr erhöhen wird. Das KVZ ist bereit, die Teilnehmerstaaten regelmäßig über diesen anspruchsvollen Informationsaustausch zu informieren.

In der Zwischenzeit hat die iMARS-Idee Gestalt angenommen und soll den gesamten Informationsaustausch abdecken. Es wird jedoch, wie Sie den häufigen Informationen entnehmen können, eine Weile dauern, bis die Teilnehmerstaaten diese wichtige Datenbank nutzen können. Es könnte sich aber trotzdem lohnen, das Online-Berichterstattungsinstrument durch mehr Informationsaustausch auszubauen und es als Vorbereitung auf iMARS zu sehen.

Ich möchte mich nun dem Thema des Hilfsmechanismus zuwenden.

Der Hilfsmechanismus für SALW und SCA ist ein weiterer wichtiger Verknüpfungspunkt, an dem der normative Rahmen der OSZE und ihre praktische Erfahrung vor Ort zusammenlaufen. Dieser kombinierte Mechanismus beliefert die praktischen Hilfsprojekte der OSZE mit den nötigen Mitteln, um die Staaten beim Aufbau ihrer Kapazitäten in verschiedenen Bereichen zu unterstützen: Rechenschaftspflicht für konventionelle Munition, Kontrolle von Sprengstoffen und Zündern, Beseitigung toxischer Raketentreibstoffkomponenten, Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur, Förderung der Verwaltung von Lagerbeständen, Entsorgung von Landminen und explosiven Kampfmittelrückständen und Bekämpfung des illegalen Handels mit Waffen, Munition und Sprengstoffen.

Durch die Arbeit und die Treffen des Vorsitzenden des informellen Freundeskreises für SALW und SCA und des Koordinators für praktische Hilfsprojekte im Bereich SALW und SCA sammeln wir die gewonnenen Erkenntnisse und verarbeiten die Rückmeldungen aus der Praxis, die uns allen als Denkanstoß dienen können, wie wir den Hilfsmechanismus weiter voranbringen können.

In dieser Diskussion wird das Potenzial für eine Verbesserung unserer Effizienz und Zeitnähe untersucht und die Fähigkeit der OSZE, sich in verschiedene Umfelder und Prozesse wirksamer einzubringen, verbessert werden. Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin die aus den Hilfsprojekten gewonnenen Erkenntnisse sammeln und Ihnen zur Kenntnis bringen und Sie dazu ermutigen, sie in all unseren künftigen normativen Beratungen entsprechend zu berücksichtigen.

Ich möchte mit einem kurzen Ausblick auf dieses Jahr schließen. Die siebte Zweijährliche Tagung der Staaten wird wegen der COVID-19-Pandemie verschoben. Ein Beschluss im Wege der stillschweigenden Zustimmung wird für diesen Donnerstag erwartet. Dennoch ist es von größter Bedeutung, dass das zweite Zweijährliche Treffen der OSZE zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA stattfindet und eine Bestandsaufnahme der Fortschritte im normativen Bereich, einschließlich der aktualisierten Praxisleitfäden und des Hilfsmechanismus, sowie des Informationsaustauschs vornimmt. Wir gehen davon aus, dass der FSK-Vorsitz in der Lage sein wird, den Beschlussentwurf für das Treffen in einer der kommenden Arbeitsgruppen vorzulegen. Die Ergebnisse des Zweijährlichen OSZE-Treffens werden uns auf dem Weg zum Ministertreffen in Tirana leiten und uns helfen, fundierte Beschlüsse zu fassen.

Über die Ergebnisse von Tirana können wir als KVZ nur spekulieren. Es sind die Teilnehmerstaaten, die entscheiden, wie groß der Spielraum sein soll. Mit unserem institutionellen Gedächtnis und unserer Erfahrung mit der kontinuierlichen Arbeit der Teilnehmerstaaten würden wir erwarten, dass die von mir angedachten Themen angesprochen werden, d.h. die Förderung des Einsatzes der aktualisierten Praxisleitfäden in den Teilnehmerstaaten, bei Feldoperationen und Hilfsprojekten, Informationsaustausch und Einhaltung, E-Learning und Online-Tools sowie die Sensibilisierung für die mögliche Verbesserung des Prozesses des Hilfsmechanismus.

Mit diesen Denkanstößen, Herr Vorsitzender, möchte ich meine Rede an das Forum zu diesem Thema schließen. Darf ich Sie bitten, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES
ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION
(LETLAND)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vortragende,

der heutige Sicherheitsdialog hat erneut die Minenbekämpfung und verschiedene Herausforderungen, die sich im Zuge von Minenräumungsaktivitäten stellen können, in den Blickpunkt gerückt. In meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich allen Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge zu diesem wichtigen Thema danken.

Die Minenbekämpfung im OSZE-Raum war immer wieder Thema der Erörterungen im Forum für Sicherheitskooperation (FSK). So hat beispielsweise im Januar 2020 der türkische FSK-Vorsitz unser Bewusstsein für Fragen der Minenbekämpfung geschärft, insbesondere hinsichtlich der diesbezüglichen internationalen Regelungen und der Umsetzung der Minenbekämpfung in der Praxis. 2019 widmeten der schweizerische und der tadschikische FSK-Vorsitz ihre Sicherheitsdialoge der humanitären Minenräumung beziehungsweise der regionalen Zusammenarbeit im Bereich der Minenräumung, während 2018 der slowenische FSK-Vorsitz den Schwerpunkt auf die Rolle von Antiminenprogrammen im Konfliktzyklus legte.

Die OSZE beteiligt sich intensiv an Minenräumungsaktivitäten auf der ganzen Welt. Insbesondere wird die Minenbekämpfung von der OSZE als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme in der Konfliktverhütung und -lösung, im Krisenmanagement und in der Konfliktnachsorge eingesetzt. Dieser wichtige Aspekt dient der Definition unserer Rolle und unserer Verpflichtungen und leitet unsere Arbeit im FSK.

Herr Vorsitzender,

mein Dank gilt auch dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) für die Thematisierung der normativen Fragen in Bezug auf SALW/SCA. Im Hinblick auf das dieses Jahr bevorstehende Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der SALW- und SCA-Dokumente der OSZE möchte ich die Bedeutung des laufenden Prozesses der Überprüfung und Aktualisierung der Leitfäden für vorbildliche Verfahren (Praxisleitfäden) zu SALW und SCA unterstreichen. Beim FSK-Treffen von letzter Woche habe ich einen kurzen Abriss der bisher erzielten Fortschritte präsentiert. Gegenwärtig werden drei der Entwürfe für aktualisierte Fassungen der OSZE-Praxisleitfäden der OSZE von der Experten-Kerngruppe und den OSZE-Feldoperationen geprüft, und ein Entwurf eines aktualisierten Praxisleitfadens steht auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe A des FSK. Gestern habe ich den Entwurf eines weiteren aktualisierten Praxisleitfadens erhalten, nämlich des Praxisleitfadens zu nationalen Verfahren für die Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen, samt Aktualisierungsvorschlägen der Delegation des Vereinigten Königreichs, die bei diesem Praxisleitfaden die Federführung übernommen hat. Im Einklang mit dem vom informellen Freundeskreis geschaffenen Mechanismus zur Überprüfung und Aktualisierung der Praxisleitfäden werde ich diesen Entwurf den laut der entsprechenden Tabelle interessierten Teilnehmerstaaten und OSZE-Feldoperationen weiterleiten. Ich zolle den Ländern, die sich aktiv einbringen, meine Anerkennung und lade die anderen ein, es ihnen gleichzutun.

Die Prinzipien für die Aktualisierung der Praxisleitfäden und der Mechanismus, den wir im informellen Freundeskreis entwickelt haben, werden nun, da wir mit dem Überprüfungs- und Aktualisierungsprozess fortfahren, einer Bewährungsprobe unterzogen. Ich habe außerdem eine Präferenz für eine Aktualisierung der Praxisleitfäden im Fünfjahreszyklus festgestellt. Wenn wir erst einmal mehr Erfahrungen gesammelt haben und mit dem Überprüfungs- und Aktualisierungsprozess gut zurechtkommen, könnten wir die Ausarbeitung eines separaten Dokuments mit Leitlinien für die Überprüfung und Aktualisierung der Praxisleitfäden in zukünftigen Durchgängen in Erwägung ziehen.

Was die Ausführungen des KVZ zum Informationsaustausch anbelangt, kann ich mich nur der Meinung anschließen, dass der Informationsaustausch über SALW in einem Geflecht aus verschiedensten Verpflichtungen gefangen ist und die entsprechende Berichterstattung eine große Herausforderung darstellt. Ich begrüße die Absicht des KVZ, ein E-Learning-Schulungstool für die Delegierten in Wien und ihre Kollegen in den Hauptstädten zu entwickeln und zugleich an der Entwicklung von iMars zu arbeiten. Vorderhand könnten wir die Gelegenheit ergreifen, die Online-Berichterstattungsplattform auszubauen, indem wir sie zum Beispiel auf die Informationsaustausche über den Transfer konventioneller Waffen, über die Ein- und Ausfuhr von SALW und über den Rücklauf zum Fragebogen zu Antipersonenminen und explosiven Kampfmittelrückständen ausweiten. Wir sollten auch daran denken, dass der Beschluss Nr. 10/17 des Ministerrats über SALW und SCA die Entwicklung eines freiwilligen Online-Instruments für die Übermittlung von SALW-Informationen im Rahmen des jeweiligen OSZE-Informationsaustauschs begrüßte.

Das KVZ hat uns letzte Woche und auch heute wieder über Änderungen des Formulars für die nationale Berichterstattung seitens der VN und deren Auswirkungen auf uns bei der OSZE unterrichtet. Ich schlage vor, dass wir das nächste Treffen des informellen Freundeskreises dem Thema der Informationsaustausche zu SALW widmen. Wir würden das KVZ höflich darum ersuchen, bei diesem Treffen näher auf die neuerliche Vereinheitlichung

der OSZE- und VN-Formulare einzugehen. Dabei können wir auch die Verwendung des Online-Berichterstattungsinstruments und die Einreichfristen erörtern.

Herr Vorsitzender,

was mögliche Arbeitsergebnisse im Hinblick auf den Ministerrat von Tirana angeht, wird das Zweijährliche Treffen der OSZE zu SALW und SCA eine wichtige Richtlinie sein. Es wird uns Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme bieten und als Plattform für weitere Erörterungen betreffend die Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA, nachahmenswerte Verfahren, den Beistandsmechanismus und die Informationsaustausche dienen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Kroatiens als EU-Vorsitzland übergab das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die die folgende Erklärung abgab.

Herr Vorsitzender,

die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten danken den Rednern, die sich dieser Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zugeschaltet haben, für ihre Teilnahme und für ihre Vorträge, die uns die Möglichkeit gegeben haben, unsere Kenntnisse über die praktische Arbeit auf diesem Gebiet zu vertiefen.

Die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und deren Munition ist eine wichtige sicherheits- und entwicklungspolitische Frage, wie es auch unter Punkt 16.4 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen klar formuliert wird, der eine deutliche Verringerung der Waffenströme bis 2030 fordert. Mit der Verabschiedung einer neuen Strategie gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie zugehörige Munition am 19. November 2018 hat die EU die Wichtigkeit dieser Frage anerkannt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen uneingeschränkt das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, dessen nächste zweijährliche Tagung im Juni 2020 stattfinden und sich auf die Bekämpfung der Umleitung konzentrieren soll. Ebenso unterstützt die EU die vollständige Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel, dem alle ihre Mitgliedstaaten beigetreten sind. Darüber hinaus begrüßen wir die Arbeit, die im Rahmen der Vereinten Nationen von der gemäß der Resolution 72/55 eingesetzten Gruppe von Regierungssachverständigen zu Problemen im Zusammenhang mit der Anhäufung von Beständen überschüssiger konventioneller Munition geleistet wird.

Die EU unterstützt auch verschiedene Aktivitäten der OSZE zur Verbesserung der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen und der zugehörigen Munition, beispielsweise in der Ukraine, der Republik Nordmazedonien, Georgien und Moldau. Schließlich spielt die EU seit Anfang 2020 eine größere Rolle bei der Steuerung und Weiterverfolgung der Umsetzung des regionalen Fahrplans, der darauf abzielt, die Koordinierung der

Anstrengungen zur Bekämpfung des illegalen Schusswaffenhandels im Westbalkan bis 2024 zu verstärken. Wir begrüßen den Beitrag, den die OSZE, dem Beispiel mehrerer anderer internationaler Organisationen und Geber folgend, zur Umsetzung dieses Fahrplans leistet.

Gleichzeitig möchten wir den FSK-Vorsitz dazu beglückwünschen, dass er sich entschieden hat, den heutigen Sicherheitsdialog dem Thema der Minenbekämpfung zu widmen, ein Thema, das innerhalb des Forums zwar weniger präsent, aber dennoch sehr wichtig ist.

Wir weisen insbesondere auf die Bedeutung dieses Themas für die Ukraine hin. Tatsächlich zitierten wir an gleicher Stelle Anfang Dezember letzten Jahres den thematischen Bericht der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) über die Auswirkungen von Minen und nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln auf die Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet. Dieser Bericht, dessen Qualität wir zu würdigen wissen, zeigte deutlich die gefährlichen Auswirkungen der vielen Minen, nicht zur Wirkung gelangten Kampfmittel und improvisierten Sprengkörper auf die Zivilbevölkerung auf. Sie waren die Ursache für ein Drittel der bestätigten Opfer unter der Zivilbevölkerung während des Berichtszeitraums, d. h. ab Januar 2018. Wir beklagen die Tatsache, dass diesen explosiven Objekten zahlreiche Kinder zum Opfer gefallen sind, die unter tragischen Umständen getötet oder verletzt wurden. Die EU unterstützt Minenräumaktionen und Opferhilfe im Osten der Ukraine durch verschiedene Projekte. Wir bekräftigen unseren Dank an die Sonderbeobachtermission in der Ukraine für die wesentliche Arbeit, die sie bei der Überwachung der Lage und der Aufklärung der örtlichen Bevölkerung im Risikogebiet leistet.

Die EU setzt sich nachdrücklich für das weltweite Verbot von Antipersonenminen ein. Alle ihre Mitgliedstaaten sind dem Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen beigetreten, und wir fordern die Staaten, die dies noch nicht getan haben, dringend auf, dem Übereinkommen unverzüglich beizutreten oder seine Bestimmungen vorläufig anzuwenden. Wir rufen alle Beteiligten auf, von der Herstellung, der Lagerung, dem Handel und der Weitergabe von Antipersonenminen Abstand zu nehmen, und verurteilen entschieden deren Einsatz – wo auch immer, wann auch immer und durch wen auch immer, seien es Staaten oder nichtstaatliche Akteure.

Herr Vorsitzender,

die EU und ihre Mitgliedstaaten bekräftigen ihre feste Entschlossenheit, Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, den von Antipersonenminen, improvisierten Sprengkörpern und explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Bedrohungen entgegenzuwirken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten Geber von Antiminenhilfe. Im Laufe der letzten fünf Jahre wurden mehr als 500 Millionen Euro zur Unterstützung der Minenbekämpfung in über 30 Ländern aufgewendet, wobei die Hilfe in so unterschiedlichen Bereichen wie Minenräumung, Risikoaufklärung, Opferhilfe, Vernichtung von Lagerbeständen, Aufbau von Kapazitäten sowie Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Minenerkennung und Minenräumung geleistet wurde. Die EU unterstützt derzeit Antiminenereinsätze in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, im Kosovo¹, in der Türkei und in

1 Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

der Ukraine. In der Ukraine unterstützen die EU und ihre Mitgliedstaaten auch den HALO-Trust und die dänische Minenräumungsgruppe bei der Hilfe für die vom Konflikt im Osten der Ukraine betroffenen Gemeinden durch humanitäre Minenräumung und Unterstützung der Existenzsicherung. Darüber hinaus helfen wir den von Minen betroffenen Ländern bei der Ausarbeitung oder Aktualisierung nationaler Strategien für Minenräumung und Opferhilfe in enger Zusammenarbeit mit den VN und anderen Gebern und Interessenvertretern. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die Minenräumung eine sehr schwierige und anspruchsvolle Arbeit ist, die ohne das Engagement und den Mut von Minenräumungsexperten aus der ganzen Welt nicht geleistet werden könnte. Wir werden diese Arbeit immer unterstützen.

Wir wissen die Rolle der OSZE bei der Unterstützung der Minenbekämpfung auf verschiedenen Ebenen zu schätzen – zum Beispiel durch die Stärkung der Normen und Prinzipien der Teilnehmerstaaten und durch die Ermittlung, Entwicklung und Durchführung praktischer Maßnahmen im Rahmen von Hilfsprojekten (wie dies derzeit zum Beispiel in Tadschikistan und der Ukraine der Fall ist).

Wir schließen uns der Auffassung an, dass Minenbekämpfung eng mit den Konzepten der Frühwarnung, der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Konfliktnachsorge verbunden ist. Dementsprechend kann die OSZE durch ihre Antiminenaktivitäten eine wichtige Rolle bei den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in den verschiedenen Phasen des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit dem Vorhandensein von Landminen und nicht zur Wirkung gelangten oder aufgegebenen Kampfmitteln, einschließlich improvisierter Sprengkörper, spielen.

Wir ermutigen die Teilnehmerstaaten, ihre Anwendung der gemeinsamen Normen und Prinzipien in diesem Bereich zu verstärken, insbesondere durch die Verwendung von Leitfäden für vorbildliche Verfahren (Praxisleitfäden) und auch durch praktische Maßnahmen zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Staaten.

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, dieses wichtige Thema zu erörtern.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie bitten, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien², Montenegro² und Albanien², das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina, die Länder der Europäischen Freihandelszone und Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums Island und Liechtenstein sowie die Republik Moldau und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

2 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen, dass Sie die Themen Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und Minenräumung im Zusammenhang mit den Sicherheitsdialogen des ukrainischen FSK-Vorsitzes angesprochen haben. Wir möchten auch Anatolii Petrenko, dem stellvertretenden Verteidigungsminister der Ukraine für europäische Integration, und Rovena Voda, der stellvertretenden Innenministerin Albaniens und Leiterin der Albanischen Kommission für Kleinwaffen und leichte Waffen, für ihre aufschlussreichen Vorträge sowie Herrn Robin Mossinkoff, dem leitenden Referenten für FSK-Unterstützung in der Abteilung FSK-Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums (KVZ), für seinen umfassenden Überblick über die OSZE-Aktivitäten in diesem Bereich und seine „Denkanstöße“ danken. Darüber hinaus möchten wir Ilona Ekmane, der Vorsitzenden des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA, für ihren unermüdlichen Einsatz bei der Koordinierung des Prozesses der Aktualisierung der Praxisleitfäden zu SALW und SCA und für die Unterrichtung über die Fortschritte danken.

Die Schweiz möchte die folgenden zwei Punkte hervorheben:

In Bezug auf Kleinwaffen, leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition anerkennt die Schweiz die Arbeit des KVZ im Rahmen des Projekts „Verstärkung der OSZE-Maßnahmen gegen die unerlaubte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA)“, namentlich die Ausarbeitung von Leitfäden zum Beistandsmechanismus der OSZE betreffend SALW und SCA. Diese Erläuterungen geben einen guten Überblick über die verschiedenen Schritte des Prozesses und können sowohl den Teilnehmerstaaten als auch dem KVZ helfen, Informationen zu liefern, die dazu gedacht sind, eine bessere Zusammenarbeit bei der Verwaltung von SALW-/SCA-Lagerprojekten fördern. Darüber hinaus ist die Schweiz der Ansicht, dass die regionale Erfahrung der OSZE im Bereich der SCA eine wertvolle Inspirationsquelle für weltweite Prozesse darstellen kann. Die Verknüpfung der regionalen mit der globalen Ebene ist gerade jetzt von besonderer Bedeutung, da die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufene „Gruppe von Regierungssachverständigen für Probleme infolge der Anhäufung von Beständen überschüssiger

konventioneller Munition“ ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Gruppe besteht aus einer Reihe von Sachverständigen aus OSZE-Teilnehmerstaaten, so auch aus der Schweiz.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass die COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf viele humanitäre und Entwicklungsbereiche hat, darunter auch die Minenbekämpfung. Pläne und Zeitpläne müssen laufend überarbeitet werden, und eine Reihe von Aktivitäten wurde verschoben. Die Folgen machen sich in verschiedenen Kontexten unterschiedlich bemerkbar. Trotzdem bleiben die Minenbekämpfung und ihre Rolle beim Schutz der Zivilbevölkerung und bei der Ermöglichung von Entwicklung ungeschmälert. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass wir diesen Sektor weiterhin unterstützen und ihn auch in die Lage versetzen sollten, den Folgen der gegenwärtigen Krise standzuhalten.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir Ihnen versichern, dass die Schweiz die laufenden Bemühungen um die Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem informellen Freundeskreis weiterhin unterstützen wird. Darüber hinaus wird die Schweiz weiterhin Expertenwissen und finanzielle Unterstützung für laufende und künftige Hilfsprojekte der OSZE zu SALW und SCA zur Verfügung stellen.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken dem ukrainischen Vorsitz dafür, dass er die Themen Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und Minenbekämpfung zur Erörterung im Rahmen des Sicherheitsdialogs ausgewählt hat. Wir heißen die Hauptreferenten herzlich willkommen und danken ihnen für ihre Vorträge.

Die Befassung mit einem breiten Spektrum von Themen in Bezug auf die Hilfestellung für OSZE-Teilnehmerstaaten im Bereich SALW und SCA leistet einen konkreten und praktischen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit im Zuständigkeitsbereich der Organisation. Wir stellen fest, dass der Prozess der Aktualisierung der Praxisleitfäden zu SALW und SCA in Gang gesetzt wurde und hoffen diesbezüglich auf eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Angesichts der derzeit für das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) geltenden Modalitäten hat diese Arbeit deutlich an Bedeutung und Relevanz gewonnen – unter anderem, weil sie helfen kann, die Agenda positiv zu gestalten.

Wir unterstützen den Grundtenor der Erörterungen, dass die Bemühungen zur Bekämpfung der unkontrollierten Verbreitung von SALW/SCA, zur Verringerung der Gefahr, die von Minen ausgeht, sowie zur Lösung der humanitären Aspekte dieser Fragen von wesentlicher Bedeutung sind und nachhaltig fortgesetzt werden sollten. Dabei ist es wichtig, die spezifischen Umstände und tatsächlichen Fähigkeiten der OSZE zu berücksichtigen, die es traditionell als ihre Aufgabe ansieht, die Umsetzung der weltweiten VN-Verpflichtungen zu unterstützen und ihren Teilnehmerstaaten dabei Hilfe zu leisten.

Wir möchten unsere werten Kolleginnen und Kollegen insbesondere darauf aufmerksam machen, dass es bei der Erörterung dieser Themen heute unerlässlich ist, einen konfrontativen Ton zu vermeiden, keine Ansätze voranzutreiben, über die kein Konsens herrscht, und zu einem konstruktiven, von gegenseitigem Respekt getragenen Dialog zurückzukehren.

Herr Vorsitzender,

wie unsere Vorredner möchten wir einen kurzen Überblick darüber geben, wie sich Russland an der Minenbekämpfung beteiligt.

Dies ist ein Bereich, in dem höchst intensive Arbeit geleistet wird. Erwähnt sei, dass seit vielen Jahren Minenräumungsarbeiten in Gebieten stattfinden, in denen während des Zweiten Weltkriegs gekämpft wurde. Jedes Jahr machen Einheiten des russischen Ministeriums für Katastrophenschutz rund 40 000 explosive Kampfmittelrückstände aus den Schlachten der Jahre 1941 – 1945 unschädlich.

Geleitet von den nationalen Rechtsvorschriften und dem VN-Übereinkommen über unmenschliche Waffen und dessen „Minenprotokoll“ (Protokoll II) setzt Russland erfolgreiche Ansätze zur Bekämpfung der Bedrohung durch Minen um. In Bezug auf das Übereinkommen von Ottawa über Antipersonenminen möchten wir darauf hinweisen, dass unser Land zwar dessen Ziele und Vorgaben teilt, jedoch aus einer Reihe objektiver Gründe das Übereinkommen nicht unterzeichnet hat.

Unser Land hilft interessierten Staaten bei der Durchführung von Einsätzen humanitärer Minenräumung – unter anderem durch die Entsendung von Teams bestehend aus Pionieren und Sprengstoffexperten zusammen mit der nötigen Ausrüstung. Lassen Sie mich einige Beispiele anführen.

Zu verschiedenen Zeiten wurden in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, dem Gebiet des Kosovo, Nicaragua, im Libanon und auf Sri Lanka Hilfsprojekte zur humanitären Minenräumung (unter Beteiligung des russischen Ministeriums für Katastrophenschutz) durchgeführt.

Unsere aktive Zusammenarbeit mit Serbien wird fortgesetzt. Seit 2008 wurden insgesamt 16 Großprojekte durchgeführt, rund 7 Millionen Quadratmeter von Minen gesäubert und über 13 000 nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel (darunter Fliegerbomben, Geschosse und Streumunition) entdeckt und zerstört. Bei der Durchführung des Programms, mit dem der serbischen Regierung bei der humanitären Minenräumung Hilfe geleistet werden soll, werden über die Internationale Organisation für Zivilverteidigung internationale Entwicklungshilfemechanismen genutzt.

Russland schenkt der Ausbildung von Experten (darunter auch ausländische) bei der Identifizierung und Entschärfung von Minen gebührende Aufmerksamkeit. Dies ist Aufgabe des Internationalen Minenräumungszentrums, das 2014 in den russischen Streitkräften eingerichtet wurde. Seit seiner Gründung hat das Zentrum über 1 300 Militärexperten aus Armenien, Belarus, Kirgisistan, Kasachstan, Usbekistan, Serbien, Syrien und Laos ausgebildet.

Russlands Hilfe für Syrien ist ein Beispiel für eigene Minenräumungsaktivitäten über den OSZE-Raum hinaus. In den Jahren 2016-2017 führten russische Experten Einsätze zur Minenräumung und Beseitigung explosiver Kampfmittel in der Welterbestätte Palmyra und in den Städten Aleppo und Deir ez-Zor durch. Insgesamt wurden über 100 000 explosive Kampfmittelrückstände vernichtet. Für den Austausch vorbildlicher Verfahren in diesem

Bereich wurde in der Stadt Homs 2017 eine Zweigstelle des Internationalen Minenräumungszentrums eingerichtet: die Ausbildung des militärischen Personals erfolgt dort in arabischer Sprache.

Im März dieses Jahres schlossen Experten des Internationalen Minenräumungszentrums eine Mission zur humanitären Minenräumung um die Stadt Phonsavan in Laos ab, bei der ein über zehn Hektar großes Gebiet gesäubert und mehr als 830 explosive Kampfmittel (darunter Antipersonenminen, Artilleriegeschosse und Streubomben von US-Fliegern) entschärft wurden. Eine Besonderheit der Minenräumarbeiten in diesem geographischen Gebiet war die hohe Konzentration nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel und ihrer Bestandteile. Unsere Experten mussten auf jedes Signal der Detektoren reagieren und die fraglichen Objekte freilegen und identifizieren, um den Grad ihrer Gefährlichkeit zu bestimmen.

In unseren alljährlichen Antworten auf den OSZE-Fragebogen zu Antipersonenminen und explosiven Kampfmittelrückständen werden wir detaillierte Informationen über die Bemühungen unseres Landes bei der Minenbekämpfung zur Verfügung stellen.

Herr Vorsitzender,

heute wurde viel über die Lage im Hinblick auf die Bedrohung durch Minen im Südosten der Ukraine gesprochen. Wie das Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung der humanitären Angelegenheiten berichtete, ist dies weltweit eines der am meisten durch Landminen verseuchten Gebiete. Seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen wurden im Donbass über 1 000 Personen durch explodierende Minen getötet. Ferner sind rund zwei Millionen Menschen potenziell den von Minen ausgehenden Bedrohungen ausgesetzt. Am meisten leiden darunter Kinder.

Wir betonen die Wichtigkeit der Bemühungen der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), die lokale Bevölkerung im Donbass über die Minengefahr aufzuklären. Diesbezüglich ist der jüngste thematische Bericht der Mission erhellend, demzufolge Minen und explosive Objekte für eine größere Opferzahl verantwortlich sind als der Beschuss mit Artillerie und Kleinwaffen.

Im Zusammenhang mit dem andauernden Militäreinsatz der ukrainischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung des Donbass ist die Besorgnis darüber berechtigt, dass unter dem Vorwand der Bedrohung durch Minen, große, von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Gebiete für eine ordnungsgemäße Beobachtung durch die SMM weiterhin unzugänglich sind. Folglich können die militärischen Aktivitäten der ukrainischen Regierung nicht vollumfänglich beurteilt werden. Die täglichen Berichte der Mission bezeugen das Vorhandensein neuer Minen (*newly installed mines*), die von ukrainischen Sicherheitskräften in großer Zahl, manchmal sogar zu Hunderten, gelegt werden.

So haben die Beobachter der SMM seit Beginn dieses Jahres insgesamt mehr als 1 000 Minen entdeckt, die von den ukrainischen Sicherheitskräften in von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten des Donbass gelegt wurden: über 600 in der Nähe der Ortschaft Rosadki (Berichte der SMM vom 11. März, 26. März und 2. April); rund 200 in der Nähe von Trojizke (Bericht vom 2. April); und eine ähnlich große Anzahl in der Umgebung von Pyschtschewyk (Bericht vom 22. Januar). Wie von der Mission berichtet wurde, befinden

sich in unmittelbarer Nähe der Ortschaften Wodjane, Marinka und Popasna große Minenfelder der ukrainischen Streitkräfte. Im Mai letzten Jahres fanden die Beobachter der SMM erstmalig rund 3 000 Panzerabwehrminen bei Pyschtschewyk (Bericht vom 14. Mai 2019). Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen. Wir möchten betonen, dass die Delegation der Ukraine, während sie unbegründete und irrelevante Anschuldigungen gegen andere erhebt, nicht vergessen sollte, dass die Handlungen der ukrainischen Streitkräfte die Bemühungen internationaler Organisationen zur Minenbekämpfung im Donbass untergraben und das Leben von Zivilisten bedrohen.

Wir hoffen auf Fortschritte bei der Umsetzung der Vorgaben des Gipfeltreffens des Normandie-Quartetts vom 9. Dezember 2019 im Hinblick auf das weitere Vorgehen ausgehend von der Entscheidung der Trilateralen Kontaktgruppe über Tätigkeiten zur Minenräumung von 2016 und auch im Hinblick auf die Vereinbarung zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk über drei weitere Entflechtungsgebiete – auf etwas, das dabei helfen würde, das Gebiet des Donbass von explosiven Kampfmittelrückständen zu räumen. Leider gab es in diesen Fragen bis jetzt kein Weiterkommen. Wir versuchen, in jeder Hinsicht dabei behilflich zu sein, dass es zu einer Annäherung der Seiten im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk kommt und hoffen, dass eine für alle annehmbare Einigung erreicht werden kann.

Wir würdigen die Arbeit des Büros des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine in Bezug auf Minenaufklärung und Information unter der Bevölkerung. Wir gehen davon aus, dass die Aktivitäten des Büros des Projektkoordinators, einschließlich der extrabudgetären, weiterhin unter Wahrung von Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den OSZE-Teilnehmerstaaten, im Einklang mit dem Mandat und unter Berücksichtigung der in der Trilateralen Kontaktgruppe getroffenen Vereinbarungen erfolgen.

Herr Vorsitzender,

auf den FSK-Sitzungen hat die Delegation der Ukraine wiederholt behauptet, dass in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten keine Antipersonenminen eingesetzt werden und dass die Ukraine ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Ottawa, das sie unterzeichnet hat, transparent und in gutem Glauben erfüllt. Diese Behauptungen entsprechen jedoch nicht der Realität.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass die SMM am 24. April an einem Kontrollposten der ukrainischen Streitkräfte in Popasna vier Kisten mit der Aufschrift „MON-90“ entdeckte, von denen eine Antipersonenmine enthielt. Dieser Fund wurde in einem SMM-Bericht festgehalten. Die ukrainische Delegation behauptet in der OSZE regelmäßig, dass in ihrem Land keine Antipersonenminen hergestellt oder eingesetzt werden. Dies wirft die Frage auf: Wie gelangten in diesem Fall Antipersonenminen in die Hände von Angehörigen des ukrainischen Militärs in einer Zone bewaffneter Auseinandersetzungen?

Hier ein weiteres Beispiel: Im April 2017 wies der ukrainische Sicherheitsdienst darauf hin, dass POM-2-Antipersonenminen, wie sie in der Region Luhansk gefunden wurden, nicht von den ukrainischen Streitkräften verwendet werden. Laut dem Bericht der Ukraine 2018 nach dem Übereinkommen von Ottawa hatte das Land zu diesem Zeitpunkt einen Lagerbestand von 149 000 Minen dieses Typs. Interessanterweise gab die Ukraine in ihrem Bericht für 2019 an, über keinerlei Minen dieser Kategorie zu verfügen. Die Frage

bleibt offen, wie es der Ukraine gelang, eine so große Zahl an Minen in so kurzer Zeit zu vernichten.

Entgegen den Behauptungen der ukrainischen Regierung ist es höchst zweifelhaft, dass all diese Minen vernichtet wurden. So entdeckten die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden Ende April ein geheimes Lager mit Waffen und militärischer Ausrüstung – das größte derartige Lager seit Beginn der Krise –, das bis vor kurzem der Kontrolle der ukrainischen Freiwilligenarmee (in Russland offiziell verboten) unterstand, die eng mit dem Rechten Sektor, einer radikal nationalistischen, in Russland ebenso verbotenen Gruppe, verbunden ist.

Im Laufe der Untersuchung, die auf Anordnung des Generalstaatsanwalts der Ukraine durchgeführt wird, wurden in diesem Lager Sprengstoffe und rund 100 Tonnen Munition gefunden. Dementsprechend wurde ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet.

In dem erwähnten Lager wurden Antipersonenminen verschiedener MON-Reihen gefunden, obwohl laut den Berichten der Ukraine, wie schon erwähnt, die ukrainische Regierung keine MON-Minen ausweist. Die Tatsache, dass – fernab jeglicher amtlichen Kontrolle – eine ungehinderte Verbreitung großer Mengen an Waffen, Munition und Minen sowohl in der Krisenzone als auch darüber hinaus möglich war, verschärft die Situation.

Es sei auch daran erinnert, dass die Ukraine weiterhin Munition, Sprengstoffe und Minen aus Ländern der Europäischen Union importiert, was eindeutig der Deeskalation der politisch-militärischen Lage im Südosten des Landes nicht förderlich ist.

Herr Vorsitzender,

abschließend weisen wir darauf hin, dass wir lediglich in dem Teil der Sitzung, der sich mit der Arbeit der OSZE im Bereich SALW und Minenräumung befasste, einen gewissen Nutzen erkennen können.

Gleichzeitig stellen wir mit Bedauern fest, dass die Rede des hochrangigen Vertreters der Ukraine und die Erklärungen einer Reihe von Delegationen einen entmutigenden Eindruck hinterlassen haben. Sie waren voller Konfrontationsrhetorik und haltloser Anschuldigungen und tendierten in erster Linie dazu, die Verantwortung auf andere abzuwälzen. Wir fordern unsere FSK-Partner dringend auf, zu konstruktiven und sachlichen Erörterungen zurückzukehren.

Wir bringen unsere Besorgnis über die weitere Entwicklung der Erörterungen über die politisch-militärischen Aspekte der gesamteuropäischen Sicherheit zum Ausdruck sowie unsere Zweifel in Bezug auf die Fähigkeit der Ukraine, den FSK-Vorsitz neutral und unparteiisch zu führen.

Ich möchte Sie bitten, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR PROJEKTE BETREFFEND
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION (UNGARN)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
werte Kolleginnen und Kollegen,

in meiner Eigenschaft als FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) möchte ich den heutigen Vortragenden, A. Petrenko, stellvertretender Verteidigungsminister für europäische Integration der Ukraine und R. Voda, stellvertretende Innenministerin von Albanien und Leiterin der nationalen albanischen Kommission für SALW dafür danken, dass sie verschiedene Risiken, Herausforderungen und Reaktionsmechanismen in Bezug auf SALW/SCA unter besonderer Berücksichtigung der Minenbekämpfung beleuchtet haben.

Auch wenn die Minenbekämpfung im normativen Rahmenwerk der OSZE zu SALW/SCA nicht tief verankert ist, hat sich die OSZE nie gescheut, auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten in diesem Bereich zu antworten. Mehrere praxisbezogene Hilfsprojekte wurden durchgeführt oder befinden sich noch in der Durchführung, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Tadschikistan, wo zusätzlich zur nationalen Einbindung ein Ansatz zur regionalen Zusammenarbeit – durch gemeinsame Ausbildungen in Kampfmittelbeseitigung, Wissenstransfer und Austauschprogramme – verfolgt wurde.

Wir sollten auch die Tatsache anerkennen, dass es in der OSZE-Region nicht nur in der Ukraine oder in Tadschikistan, sondern auch in verschiedenen anderen OSZE-Teilnehmerstaaten, beispielsweise in Südosteuropa oder im Südkaukasus, Risiken und Herausforderung in Bezug auf die Minenbekämpfung gibt. Minenbekämpfung ist ihrem Wesen nach grundsätzlich humanitär. Die Stärkung nationaler Kapazitäten, die den Teilnehmerstaaten ermöglichen soll, diese konkreten Probleme langfristig alleine anzugehen, sollte bei den OSZE-Initiativen in diesem allgemeinen Bereich an vorderster Stelle stehen.

In Bezug auf die Bemühungen zur Kontrolle von SALW in Albanien, möchte ich den nationalen Behörden meine Anerkennung für einen so umfassenden und koordinierten Ansatz

für die Befassung mit den Sicherheitsrisiken, die durch illegalen Besitz, Missbrauch und unerlaubten Handel von SALW ausgehen, aussprechen.

Ich möchte daran erinnern, dass Albanien am 9. Oktober 2019 ein Hilfeersuchen an das Forum für Sicherheitskooperation gerichtet hat. Im Namen des Innenministeriums und der Staatspolizei von Albanien wird um Zusammenarbeit in folgenden Bereichen ersucht:

- Unterstützung bei der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Deaktivierung und ihrer ordnungsgemäßen Umsetzung in die Praxis
- Aufbau von Kapazitäten der Polizeibehörde, zur Stärkung ihrer Fähigkeiten für den Einsatz von Spürhunden zur Suche von Waffen und Sprengstoffen
- Unterstützung der Planung, Entwicklung und Durchführung von Aufklärungskampagnen über die Gefahren von SALW und die verbesserte Kontrolle von SALW

Es ist mein aufrichtiger und ehrlicher Wunsch, dass das albanische Hilfeersuchen in Form eines praxisbezogenen OSZE-Hilfsprojekts bis Ende dieses Jahres erfüllt wird.

Abschließend möchte ich den Gebern danken, die Beiträge zu praxisbezogenen OSZE-Hilfsprojekten leisten, nicht nur bei der Minenbekämpfung, sondern auch in allen anderen Bereichen unserer Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Sie bitten, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Vielen Dank und bleiben Sie gesund.

946. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 952, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1/20
TERMIN DES TREFFENS DER LEITER DER
VERIFIKATIONSZENTREN 2020**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

bekräftigend, dass das Wiener Dokument 2011 der OSZE (WD 2011) nach wie vor ein Schlüsseldokument für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) darstellt, und feststellend, dass das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) ein wichtiges Forum zur Erörterung der Durchführung der im WD 2011 vereinbarten Maßnahmen bietet,

Kenntnis nehmend von den Erörterungen und den auf dem 30. AIAM geäußerten Ansichten,

in Anerkennung der Tatsache, dass das Ziel des Treffens der Leiter der Verifikationszentren der Austausch von Erfahrungen und Informationen über technische Aspekte der Durchführung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen ist, –

beschließt,

1. das Treffen der Leiter der Verifikationszentren 2020 in Wien einzuberufen; es beginnt am 16. Dezember 2020 nachmittags und wird am 17. Dezember 2020 fortgesetzt;
2. das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) mit der Vorbereitung und dem Vorsitz des Treffens zu beauftragen;
3. das KVZ zu beauftragen, auf der Eröffnungssitzung des 31. AIAM über das Treffen der Leiter der Verifikationszentren 2020 zu berichten.